

Rede

Nr. 135/2025

Kiel, 20.06.2025

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Der Tierschutz arbeitet seit Jahren am Limit

Was wir jetzt brauchen, sind Lösungen und wir brauchen nachhaltige Strukturen und Vereinbarungen, um die Arbeit der Tierheime und Auffangstationen zu sichern.

Dr. Michael Schunck zu TOP 26 - Tier- und Artenschutz ernst nehmen – Finanzierung von Auffang- und Betreuungsstationen sichern (Drs. 20/3306)

Die angespannte Haushaltslage unserer Tierheime war schon zu oft Thema hier im Landtag. Im Rahmen der Haushaltsberatungen haben wir immer wieder darauf hingewiesen, dass unsere Tierheime vor enormen Aufgaben stehen, die sie kaum noch bewältigen können. Die ehrenamtlich Tätigen leisten durch ihren unermüdlichen Einsatz Großartiges im Sinne des Tierschutzes. Dafür gebührt ihnen von dieser Stelle nochmals unser Dank. Aber die Tierheime platzen aus allen Nähten und werden nur noch zusammengehalten durch Ehrenamt und Spenden. Das kann und darf so nicht weitergehen. Wir haben immer gefordert, dass das Land hier seinen Beitrag leisten und die Tierheime entsprechend unterstützen muss. Und hier werden wir auch nicht lockerlassen, bis wir endlich nachhaltige Lösungen im Sinne unserer Tierheime gefunden haben. Tierheime übernehmen eine Vielzahl von Aufgaben, die über die Unterbringung und Versorgung von Fundtieren weit hinaus gehen.

Indem sie die Betreuung und Versorgung der Tiere übernehmen, entlasten sie die Kommunen und Städte. Das ist auch gut so, dafür gibt es dann auch entsprechende Verträge – die aber augenscheinlich nicht ausreichen. Daher

sagen wir, dass dies nicht allein ein kommunales Problem ist. Tierschutz geht uns alle an und damit ist es ein gesellschaftliches Problem und eine gesellschaftliche Aufgabe.

Schleswig-Holstein steht mit diesem Problem nicht allein dar. Bundesweit haben die Tierheime mit Überlastung, Unterfinanzierung und auch Fachkräftemange zu kämpfen, so dass die Bundestierschutzbeauftragte, Ariane Kari, zu einem Runden Tisch zur „Lage der Tierheime“ eingeladen hat. Ein Ergebnis des Runden Tisches ist; die Tierheime dürfen nicht allein gelassen werden und die Tierheimförderung muss politisch angegangen werden. Das Problem ist auch dort längst erkannt, aber es fehlt am politischen Umsetzungswillen.

In diesem Kontext sehe ich auch die Situation der speziellen Betreuungsstationen für Wildtiere bei uns im Land. Auch hier hat die Landesregierung die Mittel für den Betrieb solcher Stationen gestrichen und auch dort sind die Probleme vergleichbar mit denen der Tierheime. Dies wurde zuletzt nochmal deutlich, als es um den Fund einer Anakonda ging. Dankenswerterweise konnte das Tier von der Feuerwehr und einem Reptilien-Experten aus dem Wasser geborgen werden. Hier gilt unser Dank den zuständigen Akteuren, die diesen ungewöhnlichen Einsatz durchgeführt haben. Erst nach längerer Suche ist es dann gelungen, eine geeignete Unterbringung für das Tier ausfindig zu machen. Die Wildtier-Auffangstation in Klein Offenseth-Sparrieshoop hatte sich bereit erklärt, das Tier vorübergehend aufzunehmen, obwohl man auch dort am Aufnahme-limit arbeitet.

Die Probleme sind unter anderem; Platzmangel für derartige Exoten und es fehlt an entsprechenden Fachkräften, die mit Gefahrtieren umgehen dürfen. Und der Bedarf solcher Fachkräfte wird immer mehr. Erst jüngst die Anakonda oder die Afrikanische Baumschlange und der Fund einer Geierschildkröte im letzten Jahr, machen deutlich, dass das Problem zunimmt, da exotische Wildtiere in der freien Wildbahn ausgesetzt werden, wenn deren Halter überfordert oder ihrem Tier überdrüssig geworden sind. Hierzu hatte die Tierschutzbeauftragte des Landes, Frau Erdmann, in der mündlichen Anhörung zur Tierärztegebührenordnung deutlich gemacht, dass sich zunehmend exotische Tiere angeschafft würden. Es gäbe aber wenig fachkompetente Tierärzte, die die Tiere behandeln könnten und für eine Behandlung daher weite Anreisen in Kauf genommen werden müssten. Wenn dann noch die Tierarztkosten steigen und ihre Besitzer diese nicht bezahlen können, würden sie ihre Exoten in Tierheimen oder Auffangstationen abgeben. Im Zweifel werden sie einfach ausgesetzt. So oder so, der unqualifizierte private Umgang mit exotischen Tieren stellt Behörden und Auffangstationen vor große Herausforderungen. Das ist auch eine Erkenntnis des Runden Tisches.

Daher gilt es speziell für diesen Bereich stringentere Regelungen zu erstellen und gegebenenfalls auch entsprechende Sachkundenachweise zu fordern. Aber das sind dicke Bretter, die das Problem jetzt nicht lösen. Langfristig

sollten wir das aber durchaus in Betracht ziehen.

Was wir jetzt brauchen, sind Lösungen und wir brauchen nachhaltige Strukturen und Vereinbarungen, um die Arbeit der Tierheime und Auffangstationen zu sichern. Seit Jahren arbeitet der Tierschutz am Limit und die Verzweiflung ist groß. Wir dürfen die Arbeit der Auffang- und Betreuungsstationen nicht allein aus Spenden finanzieren. Das Land muss sich endlich zum Tierschutz bekennen und wieder Mittel bereitzustellen. Daher unterstützen wir den Antrag der FDP.